

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/92

16. Mai 1975

Berlin ist eine Viermächtestadt

Entschiedener Protest gegen östliche Änderungsversuche
Von Klaus Schütz / Regierender Bürgermeister von Berlin
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 35 Zeilen

Kohl müßte endlich Flagge zeigen

Haltung der CDU in der beruflichen Bildung wird immer
verwirrender

Von Helmut Rohde MdB / Bundesminister für Bildung und
Wissenschaft

Seite 2 / 36 Zeilen

Entschlossene Abwehr krimineller Bandentätigkeit

Die Helfer-Überwachung muß bald zum Gesetz werden

Von Gerhard Jahn MdB / Parlamentarischer Geschäftsführer
der SPD-Fraktion und Bundesjustizminister a.D.

Seite 3 / 38 Zeilen

Freiheit zur Eigenentwicklung

Die Debatte über die NATO war eine Notwendigkeit

Von Kurt Mattick MdB / Vorsitzender des Arbeitskreises Au-
ßen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 und 6 / 81 Zeilen

Jetzt schnell und unbürokratisch helfen!

Die Pressedebatte des Bundestages fand ohne den Antrag-
steller statt

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB / Obmann der Arbeitsgruppe
Presserecht und Medienpolitik der SPD-Fraktion

Seite 7 und 8 / 71 Zeilen

Der Rohrkrepierer der Woche

Über den Unions-Versuch, eine Aktuelle Stunde herbei-
zufragen

Von Egon Lutz MdB / Mitglied des Bundestagsausschusses
für Arbeit und Sozialordnung

Seite 9 / 29 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 85 846 - 48 pbbnd

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Berlin ist eine Viermächtestadt

Entschiedener Protest gegen heimliche Änderungsversuche

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Versuche der Sowjetunion, den Vier-Mächte-Status von ganz Berlin einseitig und widerrechtlich zu ihren Gunsten zu verändern, können gar nicht entschieden und eindeutig genug zurückgewiesen werden. Der Senat von Berlin und die Bundesregierung wissen sich mit den drei westlichen Alliierten darin einig, daß es nur einen Status für die ganze Stadt gibt, und daß sowohl der westliche als auch der östliche Teil Berlins der gleichen eingeschränkten Souveränität unterliegt, weil die Oberhoheit von den vier Mächten ausgeübt wird.

Die Viermächtestadt Berlin gehört weder zum Territorium der DDR noch zum Territorium der Bundesrepublik, sie untersteht vielmehr der Verantwortung der vier Siegermächte, deren Rechte und Pflichten nicht einseitig aufgekündigt werden können. Erklärungen, daß die Rechte der Westmächte im Ostteil Berlins nicht mehr bestehen, gehen für jedermann ersichtlich an den tagtäglichen Tatsachen vorbei.

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß von seiten der DDR erneut der Versuch gemacht wird - und zwar mit einer seit Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin nicht mehr gekannten Vehemenz -, den Status der Stadt aus der Balance zu bringen. Es verstößt sowohl gegen Buchstaben als auch gegen den Geist dieses Abkommens, wenn man versuchen wollte, die bestehende Lage in einseitiger Weise ändern zu wollen. Es kommt einer Provokation gleich, wenn gleichzeitig versucht wird, Ostberlin aus der Vier-Mächte-Verantwortung herauszubrechen und West-Berlin parallel dazu die im Vier-Mächte-Abkommen verbürgten Bindungen an den Bund abzusprenken. Dies dient nicht der Entspannung und fordert unseren schärfsten Widerspruch heraus.

Auch am Beispiel des jüngsten Unglücksfalls im geteilten Berlin ist deutlich geworden, daß die andere Seite weniger an Verträgen und Abmachungen zur Humanisierung der Lebensbedingungen in dieser Stadt bereit ist, als vielmehr an Abmachungen, die sie zur Veränderung des bestehenden Vier-Mächte-Status ausdeuten kann. Sowohl dieser Tatbestand als auch die jüngste Sowjetnote an die UNO fordern unsere verschärfte Wachsamkeit heraus.

Der irrt sich gründlich, der meint, daß die drei Westalliierten und West-Berlin sich in einer Phase befinden, in der sie durch dreiste Tatsachenverdrehungen und Fehlinterpretationen west-östlicher Vertragsvereinbarungen in die Defensive gedrängt werden könnten. (-/16.5.1975/bgy/ea)

+ + +

Kohl müßte endlich Flagge zeigen

Haltung der CDU in der beruflichen Bildung wird immer verworrener

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Die Haltung der CDU zur Reform der beruflichen Bildung, die für die Mehrheit der Bevölkerung einen Schwerpunkt der Bildungspolitik darstellt, wird immer verworrener. Prominente CDU-Mitglieder in verschiedenen Verbänden und Organisationen erklären seit Wochen nahezu in allen Punkten präzise das Gegenteil vom jeweils anderen. Es gibt überhaupt keine Linie dieser Partei auf diesem wichtigen innenpolitischen Feld. Was vorgewiesen werden kann, ist ein Katalog von Widersprüchen.

Nun könnte man sich darauf beschränken, das als Tatbestand festzuhalten. Ernster allerdings wird die Sache, wenn man die Haltung der CDU/CSU-Politiker in den gesetzgebenden Körperschaften betrachtet. In dieser Beziehung haben wir die erste Erfahrung in den Ausschüßberatungen des Bundesrates sammeln können. Obwohl die CDU/CSU-regierten Länder seit Monaten den Regierungsentwurf zur Berufsbildungsreform in der Hand haben, waren sie im Bundesrat bei allen entscheidenden Punkten des beruflichen Bildungssystems nicht zu konkreten Aussagen fähig. Weder hielten sie Vorschläge in Einzelfragen parat, noch waren sie in der Lage, ein Gesamtkonzept aus ihrer Sicht vorzulegen.

In einer solchen Lage stellt sich die Frage nach der Autorität des Parteivorsitzenden und jetzt zum Kanzlerkandidaten nominierten rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Helmut Kohl. Er hat, wie zahlreiche Reden und Pressemitteilungen ausweisen, "die Verbesserung der beruflichen Bildung zu den obersten Prioritäten der CDU/CSU" erklärt. Das ist offensichtlich eine Priorität auf Tauchstation.

Sicher zählt die Reform der beruflichen Bildung zu einem der wichtigsten und zugleich schwierigsten Reformvorhaben. Berufliche Bildung ist eingebettet in die föderalistische Struktur der Bundesrepublik, stützt sich auf zwei Lernorte, nämlich Betrieb und Schule, verlangt eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und hat sich auch mit den unterschiedlichen Auffassungen auseinanderzusetzen, die es in reicher Fülle bei den an der beruflichen Bildung Beteiligten gibt. Wer dabei nur Schwierigkeiten selbstzufrieden registriert, selbst aber keine Anstrengungen unternimmt, um Fortschritte in der Sache zu erreichen, wer nur polemisiert und Vorwürfe erhebt und nicht die Fahne eigener Einsichten und Konzepte zeigt, der hilft weder der Sache noch den Jugendlichen.

Es ist wohl Zeit, daß Dr. Helmut Kohl beginnt, sich um die Prioritäten zu kümmern, die er selbst gesetzt hat. (-/16.5.1975/ka/pr)

+ + +

Entschlossene Abwehr krimineller Bandentätigkeit

Die Helfer-Überwachung muß bald zum Gesetz werden

Von Gerhard Jehn MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagesfraktion
und Bundesjustizminister a.D.

Die Abwehr krimineller Bandentätigkeit ist gemeinsame Aufgabe von Regierung, Parlament und Justiz. Alle drei müssen die ihnen in unserer rechtsstaatlichen Ordnung zugewiesenen Aufgaben erfüllen. So erweist sich unser Staat als fähig, jede Form von Angriffen der Terroristen abzuwehren. Kein Mittel, das in unserer Rechtsordnung denkbar ist, darf ungenutzt bleiben. Der Rechtsstaat bleibt dadurch glaubwürdig, daß er seine Möglichkeiten sorgfältig und genau ausschöpft.

Die Mittel, mit denen kriminelle Bandentätigkeit bekämpft werden muß, sind in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt erweitert und verfeinert worden. An diesem Weg muß festgehalten werden. Die kriminellen Banden haben Helfer. Mit deren Unterstützung haben sie ihre Verbrechen bis hin zum Mord an unschuldigen Menschen fortgesetzt, oftmals durch Verbindungen, die ihre Helfer bis in die Haftzellen herstellen konnten. Dieser Weg muß verbaut werden.

Der gesetzliche Ausschluß von Verteidigern, die solcher Handlungen verdächtig sind, war ein wichtiger Schritt von Bundesregierung und Bundestag. Die Maschen des Gesetzes waren damit entschieden enger geworden. Aber noch nicht eng genug, um allen Helfern der kriminellen Banden das Handwerk legen zu können.

Die Entscheidung der Bundesregierung, deshalb die Maschen noch enger zu ziehen, und alle verdächtigen Helfer abzuwehren, auch wenn sich darunter Rechtsanwälte befinden, ist wichtig und notwendig.

Die Überwachung des Umgangs, den die in Haft befindlichen Mitglieder krimineller Vereinigungen mit ihren Helfern haben, ist notwendig. In den klaren Grenzen, die der Vorschlag der Bundesregierung absteckt, verbindet er Wirksamkeit und rechtsstaatliche Sorgfalt. Weil zu den Helfern auch Rechtsanwälte gehören, darf für sie keine Ausnahme gemacht werden.

Der notwendige Gesetzentwurf richtet sich gegen alle Helfer der kriminellen Vereinigungen, nicht gegen die Rechtsanwälte. Es wäre gut, wenn die Rechtsanwälte, die Organe unserer Rechtspflege sind, dies erkennen und ihre richtigen Platz in der gemeinsamen Aufgabe der glaubwürdigen Verteidigung unserer rechtsstaatlichen Ordnung einnehmen würden.

Der Vorschlag der Bundesregierung muß schnell Gesetz werden. Der Bundestag muß seine Aufgabe meistern. Bundesjustizminister Dr. Vogel und die Bundesregierung werden wie bisher auf ihre parlamentarische Mehrheit zählen können. Und wenn es gilt, neuen Verbrechensformen mit weiteren neuen Mitteln unseres Rechtsstaates zu begegnen, wird das auch in Zukunft gelten.

(-/16.5.1975/ks/pr)

Freiheit zur Eigenentwicklung

Die Debatte über die NATO war eine Notwendigkeit

Von Kurt Mettich MdB

**Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion**

Der Bundestag hat aufgrund der Empfehlungen und Entschlüsse, die die NATO auf ihrer Jahrestagung in London im November vorigen Jahres vorgelegt hat, eine NATO-Debatte geführt, die zu diesem Zeitpunkt im wahren Sinne des Wortes bitter notwendig war. Ende Mai wird die vorgesehene Frühjahrstagung der NATO auf der Ebene der Regierungschefs stattfinden. Wir werden also, was selten der Fall ist, eine NATO-Gipfalkonferenz bekommen, die sicherlich nicht zufällig stattfindet.

Die NATO befindet sich gegenwärtig vor allem psychologisch in einer schwierigen Situation. Der Vietnamkrieg und das Scheitern der Nahost-Mission Kissingers, die fortschwellende Krise auf Zypern, Portugal und das belastete griechisch-türkische Verhältnis stellen für die NATO Probleme dar, für die dringend eine Lösung gefunden werden muß. Dies berührt sehr grundsätzliche Fragen des Bündnisses und es wird gut sein, wenn die Aussprache sich auf grundsätzliche Fragen der Bündnispolitik erstreckt. Die USA sind heute dabei, ihre Außenpolitik neu zu ordnen, und das betrifft nicht nur Asien, sondern auch andere Regionen dieser Welt und vielleicht auch das Verhältnis der beiden Supermächte zueinander.

Worauf es bei der zu erwartenden Neuorientierung vor allem ankommt, ist, daß man aus den Ereignissen, mit denen wir konfrontiert sind, die richtigen Schlußfolgerungen zieht. Weder Panik noch Untergangsstimmung würden in dieser Situation dazu beitragen, den notwendigen Klärungsprozeß herbeizuführen. Zu warnen ist in der gegenwärtigen NATO-Debatte vor allem vor zwei falschen Schlußfolgerungen: Erstens vor der These, daß Entspannungspolitik nicht mehr fortgesetzt werden kann. Auch das Konzept der Denkpause für den Entspannungsprozeß, das die Opposition entwickelt hat, ist der Situation unangemessen. Wir brauchen die klare Schlußfolgerung, daß sie fortgesetzt wird. Zweitens vor der These, daß Westeuropa die verteidigungspolitische Autonomie einschließlich einer westeuropäischen Atomstreitmacht anstreben müsse. Der Vorschlag des CDU-Abg. Dr. Alfred Dregger, den atomaren Schutz der Bundesrepublik durch eine nukleare Kooperation mit Frankreich zu gewährleisten, muß in dieser Situation zu einer gefährlichen Zerteilung und damit zur Schwächung des Bündnisses führen.

Dies wäre ein gefährlicher Kurs. Würden wir den Vereinigten Staaten das erste raten und selber das zweite zu tun versuchen, dann stünde uns die schlimmste Krise noch bevor, eine Krise, die nicht nur erneut zwischen Ost und West einen Graben aufreißen, sondern auch zu Auseinandersetzungen

zwischen Amerika und Westeuropa führen würde. Was heute not tut, ist nicht die Rückkehr zu alten Verhaltensmustern, sondern die Besinnung auf das, was die Allianz für die Zukunft attraktiv macht. Bei diesen Überlegungen dürfen wir uns nicht allein von militärisch-strategischen Gesichtspunkten leiten lassen. Der Wert eines Bündnispartners wird nicht so sehr durch die strategische Bedeutung seines Territoriums bestimmt, sondern in noch größerem Maße durch die Anziehungs- und Überzeugungskraft seines politischen Systems in den Augen seiner Bevölkerung. Wenn wir eine Lehre aus den Ereignissen in Vietnam ziehen können, so ist es doch die, daß man letzten Endes auch Territorium verliert, wenn man die Menschen nicht für sich gewinnen kann.

Diese Einsicht erfordert in der Praxis zu allererst, daß das Bündnis sich als ein Garant der Freiheit der Eigenentwicklung seiner Mitglieder verstanden muß. Wenn wir diesen Grundsatz nicht beherzigen, dann besteht die Gefahr, daß wir gegenüber Portugal eine falsche Politik betreiben. Statt Portugal entgegenzukommen, nachdem es sich selbst von einer faschistischen Diktatur und kolonialer Politik befreit hat, reden wir Portugal beinahe aus der NATO heraus. Aktive Hilfe zu leisten ist erforderlich. Freiheit der Eigenentwicklung heißt zweierlei: Demokratie und Selbstbestimmung im Inneren und Freiheit von unerwünschter Einmischung von außen. Jede Gesellschaft hat das Recht, auch Hilfe von außen anzunehmen, um sie für selbstgesetzte Ziele zu verwenden. Aber Hilfe muß erwünscht sein. Sie darf nicht aufgezwungen sein. Die Marshallplanhilfe, die die Vereinigten Staaten den demokratischen europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg gewährt haben ist ein Beispiel für die Form der Hilfe, die dauerhafte Früchte trägt und im Falle Westeuropas auch Früchte getragen hat.

Sorgen wir gemeinsam dafür, daß wir nicht durch eine ideologische fixierte Betrachtungsweise selbst einen Prozeß in Bewegung setzen, der das Bündnis in die Auflösung treibt. Die NATO muß flexibel und tolerant genug sein, um auch sozialistische Entwicklungen auf demokratischer Grundlage ertragen zu können. Nicht jede Verstaatlichung ist Kommunismus. Das Bündnis war auch schon zu früheren Zeiten bereit, solche Verstaatlichungen als es sich um Frankreich und England handelte, zu ertragen. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir, nachdem wir ein faschistisches Portugal und eine Militärjunta in Griechenland in der NATO geduldet haben, heute einem sich im Prozeß der Demokratisierung befindlichen Portugal Schwierigkeiten machen, seine Mitgliedschaft im Bündnis aufrechtzuerhalten.

Für die bevorstehende NATO-Gipfalkonferenz reicht es nicht, nur einen demonstrativen Zweck zu verfolgen und Festigkeit und Gemeinsamkeit zur Schau zu stellen. Ich möchte hier unterstreichen, was in der "Süddeutschen Zeitung" vom 9. April zu lesen war: "Die inneren und äußeren Gefährdungen der NATO sind zweifellos gewachsen, aber die Behauptung, sie seien das Ergebnis sowjetischer Subversion, würde ebenso in die Irre führen wie die Hoffnung, das Bündnis mit Hilfe des kommunistischen Suhmanna zu kitten. Die NATO kann sich nur helfen, wenn sie über Ursache und Therapie ihrer Krise ohne ideologische Scheuklappen nachdenkt."
(-/16.5.1975/ka/pr)

+ + +

Jetzt schnell und unbürokratisch helfen!

Die Pressedebatte des Bundestages fand ohne den Antragsteller statt

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Presserecht und Medienpolitik der SPD-Fraktion

Frohgemut hatte die Opposition am Donnerstagmorgen nach dem medienpolitischen Scharmützel entgegengesehen, das im Laufe des Tages um die vom Bundesrat beantragte Befreiung der Tageszeitungen von der Umsatzsteuer auf Vertriebs Erlöse stattfinden sollte. In einer Pressemitteilung der CDU vom Vormittag wurde markig zur Attacke geblasen: "Die Bundesregierung drückt sich um jede Entscheidung in Fragen wirtschaftlicher Hilfe für die Presse und hat bisher nur negative Ziele durchgesetzt." Doch am Abend hätte man diese Presseerklärung wohl gern aus der Welt geschafft; nicht wegen der darin enthaltenen gegen die Koalition gerichteten üblichen Unterstellungen, sondern weil die Bundesregierung zu dieser Zeit ihr zweites Programm wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen für die Presse bekanntgegeben und damit den CSU-Sprecher Dr. Zimmermann augenfällig Lügen gestraft hatte.

Wurde die Opposition dadurch aus dem Konzept gebracht? Sah sie es deshalb womöglich gern, daß ihre Wohnungsbaupolitiker die einschlägige fachliche Debatte über jedes Maß verlängerten, weil dadurch die nachfolgende medienpolitische Aussprache erst in den späten Abendstunden bei abgeschalteten Fernsehkameras unter völliger Abwesenheit der Presse stattfand? Oder zeigte die Fraktionsführung der CDU/CSU, indem sie ihre Wohnungsbaupolitiker gewähren ließ, welchen Stellenwert sie wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für die Presse beimißt? So, wie ja auch der Bundesrat demonstrierte, wie wichtig ihm sein Antrag war: Nicht einmal ein Beamter einer Landesvertretung war auf die Bundestatstribüne entsandt worden. "S'ist Feierabend..."

Aber auch unter günstigeren Vorbedingungen und Begleiterscheinungen hätte diese Debatte nicht gut für die Opposition ausgehen können. Nach ihrem ersten Hilfsprogramm für die Tageszeitungen im vergangenen Frühjahr hatte die Bundesregierung als Grundlage für ein zweites Hilfsprogramm bei den Zeitungsverlegern Daten über die wirtschaftliche Lage der Presse angefordert. Bei den Verhandlungen über die Modalitäten der Bereitstellung dieser Daten waren unnötige Verzögerungen aufgetreten, die nicht die Bundesregierung zu vertreten hatte. Anfang April dieses Jahres hatte der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger schließlich die letzten der vereinbarten Angaben übermittelt. Weniger als sechs Wochen sind wohl eine sehr knapp bemessene Zeit, um aus dem umfangreichen Zahlenmaterial die erforderlichen Schlüsse zu ziehen.

Die nunmehr vorliegende Auswertung der Angaben, die zwar nach Lage der Dinge nur ein lückenhaftes Bild vermitteln, zeigt gleichwohl deutlich, wie gut es war, daß sich die Bundesregierung von den Interessenten und ihrer

politischen Lobby nicht hat drängen lassen, den falschen Weg der Umsatzsteuerbefreiung zu gehen. Denn die untersuchten Wirtschaftsdaten der Tageszeitungen streuen von Auflagegruppe zu Auflagegruppe in erheblichem Maße, und die Streuung ist auch innerhalb der einzelnen Gruppen feststellbar. Bezeichnend für diese Feststellungen sind die folgenden Zahlen. Die Zweitzeitungen (Zeitungen, die im Verbreitungsgebiet hinter einem Konkurrenten mit höherer Auflage zurückbleiben) weisen in den ersten drei Quartalen 1974 einen durchschnittlichen Verlust von 0,98 DM pro Monatsstück aus, die Erstzeitungen dagegen im gleichen Zeitraum einen Gewinn von 0,59 DM und die Zeitungen in Monopolstellung sogar einen Gewinn von 1,21 DM.

Daß in dieser Situation die "Gießkanne" der Umsatzsteuerbefreiung die falsche Arznei gewesen wäre, liegt auf der Hand. So war die Argumentation der Sprecher der Opposition auch entsprechend schwach. Einer von ihnen versuchte den Bundesratsantrag unter anderem mit folgender bemerkenswerter Begründung zu verteidigen. Wenn auch die wirtschaftlich starken Zeitungen in den Genuß der Umsatzsteuerbefreiung kämen, so habe dies immerhin die Wirkung, daß diese Zeitungen dann von dem erhöhten Gewinn mehr Ertragssteuern bezahlen müßten. Das ist richtig, aber erinnert an jene Wohlfahrtsveranstaltungen vergangener Zeiten, auf denen die Teilnehmer aufgefordert wurden, mehr Kaviarbrötchen zu essen, weil mit dem Erlös den Armen geholfen werde.

Das angekündigte Sofortprogramm der Bundesregierung für Pressehilfemaßnahmen wird nun schnell und unbürokratisch verwirklicht werden müssen. Aber auch der Entwurf eines Stiftungsgesetzes sollte unverzüglich vorgelegt werden. Die von den Zeitungsverlegern zur Verfügung gestellten Daten zeigen mit großer Eindringlichkeit die besondere schwierige wirtschaftliche Lage der Zweitzeitungen. Die Bundesregierung sollte sowohl das Sofortprogramm wie auch das Dauerprogramm, dessen Kernstück die Pressestiftung ist, so ausgestalten, daß beide sich gerade auch in diesem Bereich auswirken. Bei allen Maßnahmen aber sollte, wie von Sprechern der sozial-liberalen Koalition in der gestrigen Debatte zu Recht betont wurde, die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund stehen.

(-/16.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Der Rohrkrepierer der Woche

Über den Unions-Versuch, eine Aktuelle Stunde herbeizufragen

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Die Kulisse war gerichtet. Mit Fragen des CSU-Abg. Niegel und seiner Parlamentskollegen Dr. Möller-Hermann, Dr. Sprung und Russe von der CDU sollte ein "Komplott" des bösen Bundesarbeitsministeriums enthüllt werden. Die wackeren Unions-Männer argwöhnten, daß das Ministerium zwei Tage vor der Nordrhein-Westfalen-Wahl mit manipulierten Daten vom Arbeitsmarkt einen konjunkturellen Aufschwung vorgetäuscht und negative Details (wie steigende Kurzarbeiterzahlen) mit Fleiß verschwiegen habe. Dies alles sollte in der Fragestunde angelauchtet und in einer nachfolgenden Aktuellen Stunde vor aller Öffentlichkeit breitgewalzt werden.

Dazu indes kam es nicht. Die Herren von der Opposition starteten in eine glatte Bauchlandung. Von den lautstark erhobenen Vorwürfen der Manipulation blieb nichts anderes als die Erkenntnis übrig, daß der Pressesprecher des Ministeriums auf Anfrage die neuen Arbeitslosen-Zahlen des April bestätigt hatte, und daß er über die Kurzarbeiter-Ziffern, nach denen er nicht gefragt worden war, nichts ausgesagt hatte. Frevelhafte Manipulation oder knappe, sachverständige Antwort auf eine präzise Frage? Das Hohe Haus folgte amüsiert dem Frage-und-Antwort-Spiel zwischen dem parlamentarischen Staatssekretär Hermann Buschfort und den Oppositions-Wahlkämpfern. Und vernahm Überrascht, daß just an jenem 2. Mai dieses Jahres der Unions-Generalsekretär Professor Dr. Kurt Biedenkopf längst alle Daten, einschließlich der Kurzarbeiterzahlen gewußt und sich darüber auch verbreitet hatte.

Oppositionschef Professor Dr. Karl Carstens, der sich als erster in eine öffentliche Entrüstung hineingesteigert hatte, fehlte. Seine Männer rissen das Eisen trotz heftigen Bemühens auch nicht mehr aus dem Feuer, und schon langsam dämmerte es den Managern der Opposition, daß man bei einer Weiterführung der Debatte in einer nachfolgenden Aktuellen Stunde nur Hohn und Spott der Koalition würde ernten müssen. Ganz sang- und klanglos schloß die Fragestunde ein. Ein Rohrkrepierer wurde aktenkundig.

(-/16.5.1975/ka/pr)